

Impressum: Der SPD-Report wird vierteljährlich herausgegeben von der SPD-Fraktion Karlsruhe, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe
Telefon: 0721-29290, Telefax: 0721-23433, E-Mail: spd@fraktion.karlsruhe.de, Internet: www.spd-fraktion-ka.de
Verantwortlich: Doris Baitinger, Fraktionsvorsitzende; Redaktion: Dr. Florian Furtak, Fraktionsgeschäftsführer

Karlsruhe, im September 2008

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen über die unendliche Geschichte zum Stadionneubau, zu den drohenden Kürzungen im Doppelhaushalt 2009/2010 und zur neuen Bürgermeisterriege. Darüber hinaus berichten wir über die vielfältigen Aktivitäten der SPD-Fraktion (Gespräche, Anträge, Anfragen u.a.) in den vergangenen Monaten.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion grüßen sie herzlich!



Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

Stadiondiskussion ein Stück aus dem Tollhaus - SPD steht zum Wildpark -



Wenn es nach dem Willen der SPD gegangen wäre, hätte der Gemeinderat am 15. Juli den letzten Pflock auf dem Weg zum Umbau des

Wildparkstadions zu einer modernen länderspieltauglichen Fußballarena eingeschlagen. Doch es kam anders: Der CDU-Stadtrat und Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther suchte ein öffentlichkeitswirksames Thema, um die Karlsruher vergessen zu lassen, dass er noch vor rund einem Jahr der Fächerstadt den Rücken kehren und Oberbürgermeister in Mannheim werden wollte. Dieses Thema fand er in der Stadiondiskussion und der Forderung nach Prüfung neuer Standorte für einen Neubau des Stadions in Autobahnnähe. Mit dieser Forderung nahm er (bewußt) einen parteiinteren Streit mit OB Heinz Fenrich in Kauf. Es spielte auch keine Rolle mehr, dass Wellenreuther in der Vergangenheit stets für den Standort Wildpark plädiert hatte und vor einigen Jahren unter Beteiligung des Gemeinderats Alternativstandorte geprüft und verworfen wurden.

Der am 15. Juli gefasste Doppelbeschluss sieht die erneute Überprüfung der Standorte Gleisdreieck und Untere Hub sowie das zeitgleiche Weiterverhandeln mit dem KSC über den Standort Wildpark vor. Die SPD steht in der Stadionfrage hinter OB Fenrich (bzw. umgekehrt), weil in der Sache Einigkeit besteht. Die SPD erteilt einem Neubau des Stadions an einen der vorgeschlagenen Standorte aus folgenden Gründen eine Absage:

Gleisdreieck: Der Grunderwerb an der Durlacher Allee vom Eigentümer Deutsche Bahn kostet ca. 30 Mio. Euro. Hinzu kommen große Aufwendungen für die Verkehrerschließung (u.a. Parkplätze). Darüber hinaus müssen für die Verlagerung der Kleingärten ca. 5 Mio. Euro veranschlagt werden. Schließlich ist für einen kompletten Neubau bei einem Fassungsvermögen von 40.000 Zuschauern mit rund 80 Mio. Euro Investitionskosten zu rechnen.

Untere Hub: Beim Landschaftsschutzgebiet Untere Hub handelt es sich um eine für Karlsruhe wichtige Klimaschneise. Der „Pfinztäler“ versorgt insbesondere den Karlsruher Osten mit Frischluft – mit dem Bau eines Stadions wäre diese Luftzufuhr stark gefährdet.

Das von den Befürwortern eines Stadionneubaus in Autobahnnähe immer wieder vorgebrachte Argument einer besseren Vermarktung hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Denn kein Investor wäre bereit, einen nennenswerten zweistelligen Millionenbetrag nur dafür zu geben, dass Tausende Autofahrer täglich seinen Namen beim Vorbeifahren am Stadion lesen können.

Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger fasst die Position der SPD wie folgt zusammen: „Wir haben dem Umbau des Wildparkstadions in Höhe von 64 Mio. plus 30 Mio. Euro Erschließungskosten zugestimmt. Durch das Infragestellen des Standorts Wildpark werden all diejenigen KSC-Fans vor den Kopf gestoßen, die auf eine schnelle Realisierung des Stadionumbaus gehofft haben. Wer jetzt den Standort wechselt und langwierige Untersuchungen und Planungen in Kauf nimmt, verschiebt den Anstoß im neuen Stadion auf den St. Nimmerleinstag.“

SPD gegen 10-prozentige Kürzung im Haushalt

- Aufhebung der Globalen Minderausgabe begrüßt -

Sehr erfreut zeigt sich die SPD-Gemeinderatsfraktion, dass die Stadtverwaltung aufgrund der positiven Entwicklung der städtischen Finanzen dem Gemeinderat die Aufhebung der Globalen Minderausgabe (GMA) in Höhe von rund 8,5 Mio. Euro für das Jahr 2008 vorgeschlagen hat. Insbesondere die Empfänger freiwilliger Leistungen werden aufatmen, da sie keine Kürzung ihrer Zuschüsse im Jahr 2008 hinnehmen müssen. Damit sieht die SPD ihren Kurs bestätigt, hatte sie doch bereits im April bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2008 den Verzicht auf die GMA gefordert (siehe Report 2/2008). Leider hatten insbesondere CDU, FDP und KAL für die Kürzungen gestimmt, so dass der SPD-Antrag keine Mehrheit fand.

Für die SPD ist die Aufhebung der GMA durch die ca. 30 Mio. Euro Mehreinnahmen in 2008 (Einnahmesteigerungen durch kommunalen Finanzausgleich, Einkommensteuer und Gewerbesteuer) jedoch nur ein erster Schritt, dem jetzt ein zweiter folgen muss: „**Die Stadt sollte jetzt auch auf die 10-prozentige Kürzung der Haushaltsansätze im Doppelhaushalt 2009/2010 verzichten**“, so **Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger**.“

Hintergrund: Finanzbürgermeisterin Margret Mergen hat allen Dienststellen die Weisung erteilt, die Ansätze für den kommenden Doppelhaushalt um 10 Prozent gegenüber den Ansätzen von 2007/2008 zu reduzieren. Damit drohen Einschnitte nach der Rasenmähermethode, insbe-

sondere für die Arbeit der Sozialverbände, der Kulturorganisationen und der Sportvereine.

Die SPD kritisiert in diesem Zusammenhang Finanzbürgermeisterin Mergen scharf: „Frau Mergen irrt ziellos im Dickicht der Karlsruher Finanzen umher. Die Weisung, die Ansätze um 10 Prozent nach der Rasenmähermethode zu kürzen, offenbart ein hohes Maß an Einfallslosigkeit und lässt jedes Konzept vermissen.“ Hinzu kommen schwer verständliche Entscheidungen, wie die Bestellung eines zweiten Geschäftsführers bei der Neuen Messe, obwohl der amtierende Geschäftsführer gut gearbeitet hat. Dies führt zu unnötigen Personalkosten bei der ohnehin stark defizitären Messe.

Die Institutionen im Sozial, Kultur- und Sportbereich brauchen endlich eine verlässliche städtische Finanzpolitik, auf deren Basis sie langfristig planen können, fordert die SPD. Der finanzpolitische Zickzackkurs der Rathauspitze führt regelmäßig zur Verunsicherung der Zuschussempfänger und der Bürgerinnen und Bürger.

Die SPD weist abschließend darauf hin, dass ihr Abstimmungsverhalten zum Umbau des Wildparkstadions (siehe oben) mit der Diskussion um die Haushaltskürzung in Verbindung steht: **Doris Baitinger**: „Wir konnten zusätzlichen 7 Mio. Euro für VIP-Parkplätze beim KSC nicht zustimmen, wenn zugleich das Damoklesschwert einer 10-prozentigen Kürzung über dem städtischen Haushalt schwebt.“

Neue Gesichter auf der Bürgermeisterbank

- SPD gratuliert Harald Denecken -

In der Gemeinderatssitzung am 15. Juli wurden zwei neue Bürgermeister gewählt. Der auch von der SPD unterstützte Stadtrat Wolfram Jäger (CDU) als Nachfolger des Ende September aus dem Dezernat 2 ausscheidenden 1. Bürgermeisters Siegfried König sowie Michael Obert (FDP) als Leiter des neu geschaffenen 6. Dezernats (Planen und Bauen). Zum Thema 6. Dezernat ist in den zurückliegenden Ausgaben des SPD-Reports viel geschrieben worden. Die SPD hat die Schaffung dieses zusätzlichen Dezernats, das jährlich rund 500.000 Euro kostet, abgelehnt. Vor die Wahl gestellt, hat sich die SPD (so wie u.a. auch von der Architektenkammer gefordert) für einen Fachmann mit entsprechender Verwaltungserfahrung ausgesprochen. Mit Michael Obert von der FDP ist der einzige Bewerber ohne entsprechende Qualifikation im Bereich Planen und Bauen von einer Mehrheit von CDU, FDP und KAL gewählt worden. Ein solches Verhalten stärkt nicht gerade das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die fachliche Kompetenz der Bürgermeisterriege und zeigt die Doppelmoral von CDU und FDP, die der früheren SPD-Baubürgermeisterin Heinke Salisch, deren

Dezernat beide Fraktionen 2003 abgeschafft hatten, stets die Fachkompetenz abgesprochen haben.

Unterm Strich bleibt ein fader Beigeschmack: Das 6. Dezernat wurde eigens dafür geschaffen, um der FDP nach dem Ausscheiden von Ullrich Eidenmüller weiterhin einen Dezernentenposten zu sichern. In anderen Städten mag eine solche Vorgehensweise Tradition haben, in Karlsruhe hat indes die politische Kultur Schaden genommen.

Erfreulich aus Sicht der SPD ist, dass Harald Denecken



mit großer Mehrheit zum 1. Bürgermeister gewählt wurde. Hierzu gratuliert ihm die Fraktion herzlich und wünscht für das letzte Amtsjahr als Bürgermeister viel Glück und viel Erfolg.

SPD fordert Karlsruher Sozial-Ticket

In einem Gemeinderatsantrag hat die SPD die Einrichtung eines **"Karlsruher Sozial-Tickets"** für Bus und Bahn mit



Gültigkeit im gesamten Stadtgebiet (2 Zonen) gefordert. Dieses personengebundene Angebot soll zu einem annehmbaren Preis (z. B. 20 Euro pro Karte) an in Karlsruhe lebende Menschen mit geringem

Einkommen verkauft werden. Im Einzelnen umfasst diese Gruppe alle Leistungsbezieher nach SGB-II (Alg-II/Sozialgeld), SGB-XII (Grundsicherung im Alter und bei

voller Erwerbsminderung), Bundesversorgungsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und wirtschaftlicher Jugendhilfe des Jugendamts, sowie von diesen Einkommen mitabhängige Haushaltsangehörige. Der 50%ige Nachlass seitens des KVV für Kinder ist hierbei analog anzuwenden. Als Begründung führt die SPD an, dass Mobilität eine notwendige Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Gerade in der direkten Umgebung der eigenen Stadt kommt ihr eine große Bedeutung zu. Da sich die Einkommen der genannten Zielgruppe am Rande des Existenzminimums bewegen, ist es eine kommunale Aufgabe, diesem Personenkreis mittels eines solchen Tickets die gewünschte Mobilität zu ermöglichen.

SPD informiert sich über Fleischwerk

- Gespräche mit Edeka und Interessengemeinschaft -

Es ist gute Tradition der SPD-Fraktion, sowohl mit Befürwortern als auch mit Gegnern eines Projekts zu sprechen, sich deren Argumente anzuhören und dann später im Gemeinderat zu entscheiden. So auch beim jüngsten die Gemüter in Karlsruhe bewegenden Großprojekt Neubau Fleischwerk Edeka in Rheinstetten.



Anfang Juli war zunächst die Interessengemeinschaft „Die Siedler von KA“, die sich vehement gegen den Neubau in Rheinstetten aussprechen, zu Gast bei der

SPD. Die Siedler befürchten insbesondere negative Auswirkungen für den Naherholungsbereich, das Klima und die Wasserqualität und sorgen sich um eine hohe Geruchsbelastung und eine höheres Verkehrsaufkommen. Darüber hinaus bezweifeln sie die von Edeka behauptete

Einsparung von 1 Mio. Transportkilometer durch den neuen Standort Rheinstetten sowie die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.



Ende Juli fand das Gespräch mit der Geschäftsführung von Edeka statt. Die Vertreter erläuterten die Gründe, weshalb Edeka für den geplanten Neubau eines Fleischwerks

den Standort Rheinstetten vorzieht. Ferner legten sie dar, dass Gutachten keine negativen Auswirkungen belegt hätten.

Mittlerweile liegen auch die von der Stadt Karlsruhe beauftragten unabhängigen Gutachten vor. Sie kommen zum Ergebnis, dass es in u.a. beim Lärm und beim Verkehr keine Beeinträchtigung für Karlsruher Bürger geben wird. Das Klimagutachten steht indes noch aus.

SPD für Fortsetzung des Heroin-Modells



Es ist schon ein seltsames Gebaren der Stadtverwaltung, ohne vorherige Rücksprache mit den Fraktionen, das Ende des finanziellen Engagements der

Stadt beim Heroin-Modell zum 31. Dezember 2008 zu verkünden. Dieser Alleingang ist auch deshalb unverständlich, weil die Fraktionen mit Unterstützung von OB Fenrich bislang hinter dem Modell standen und zuletzt sogar eine Aufstockung der städtischen Mittel für 2008 beschlossen haben. Wollte man die heroingestützte Behandlung in 2009 fortsetzen, müsste der selbe Betrag wie

in 2008 eingestellt werden, nämlich rund 360.000 Euro. Eine Erhöhung der städtischen Finanzmittel ist deshalb nicht notwendig. Im übrigen könnte der städtische Beitrag deutlich gesenkt werden, wenn es gelingt, bis 2010 die notwendigen bundesgesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen.

Für die SPD verliert die Aussage der Stadt, das Heroin-Modell sei finanziell nicht mehr tragbar, jede Glaubwürdigkeit in Anbetracht der jüngsten Einrichtung eines zusätzlichen sechsten Dezernats und die Besetzung eines zweiten Geschäftsführerpostens bei der Neuen Messe – beide Entscheidungen zusammen verursachen ca. doppelt so hohe Kosten pro Jahr wie das für das Überleben von Menschen wichtige Heroin-Modell.

■ Beck besucht Pamina-Kita



Anfang Juli besuchte der ehemalige SPD-Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Kurt Beck mit zahlreichen prominenten SPD-

Vertretern (im Bild v.l.n.r.: Landesvorsitzende Ute Vogt, Fraktionsvorsitzende **Doris Baitinger**, Stadtrat **Michael Zeh**, Stadträtinnen **Angela Geiger** und **Gisela Fischer**) die Karlsruher Kindertagesstätte „Pamina“, die in Zusammenarbeit von Stadt, Arbeiterwohlfahrt und der Firma Siemens realisiert wurde. Beck lobte die Einrichtung und ihr Konzept, den Kindern Französisch in spielerischer Form beizubringen.

■ Anerkennung des Ehrenamtes

Die SPD will, dass das hervorragende ehrenamtliche Engagement vieler Karlsruherinnen und Karlsruher stärker als bisher gewürdigt wird. In einem entsprechenden Gemeinderatsantrag heißt es: „Es ist wichtig, ehrenamtliches Engagement beispielhaft hervorzuheben und anzuerkennen. Nur so kann eine echte Ehrenamtskultur entwickelt und gefestigt werden. Über die bloße Geste der Anerkennung hinaus, sollte deshalb auch geprüft werden, in welcher Weise den ehrenamtlich Tätigen von Seiten der Stadt gedankt werden kann.“ **Stadträtin Gisela Fischer** hat herausgefunden, dass es beispielsweise in Köln ein Bonusheft für städtische Einrichtungen (Schwimmbäder, Städtische Galerie, Zoo usw.) gibt, welches für besonderes Engagement von der Stadt überreicht wird.

■ SPD für Elternberatung an Kitas

Die SPD fordert per Antrag die Einführung einer Elternberatung an den Kindertagesstätten. Vorbild ist die Stadt Heidelberg, die ein entsprechendes Modellprojekt gestartet hat. Bundesweit wird von Expertinnen und Experten ein Beratungsangebot für Eltern, das an den Kindertagesstätten verortet ist, sehr positiv gesehen. Eine solche dezentrale Beratungsstruktur für Eltern in Fragen der Erziehung dient dazu, mehr Eltern zu erreichen und darin zu unterstützen, auf die Interessen und Bedürfnisse ihrer Kinder angemessen eingehen zu können. Mütter und Väter sollen mit diesem niederschweligen Beratungsangebot in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und gestärkt werden. Durch die Verankerung des Beratungsangebots für Eltern an den Kindertagesstätten ist es möglich, die Eltern früher zu erreichen und präventiv wirksam zu werden. Der Ort der Beratung „Kindertagesstätte“ ist den Eltern bereits vertraut, bekannt und einfach zu erreichen.

■ SPD für Erhalt des Call-Centers

Die SPD erklärt sich solidarisch mit den betroffenen 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Telekom-Call-Centers Karlsruhe und fordert die Stadtverwaltung auf, alles dafür zu unternehmen, die Schließung des Betriebs zu verhindern. Die Gelegenheit hierzu ergibt sich, so die SPD, bei einem Runden Tisch, an dem neben Wirtschaftsminister Ernst Pfister, Verantwortliche der Telekom, Betriebsräte des Unternehmens, Vertreter der Gewerkschaft ver.di auch die Oberbürgermeister der von den Schließungsplänen betroffenen sechs Call-Center-



Standorten in Baden-Württemberg Ulm, Konstanz, Freiburg, Heilbronn, Mannheim und Karlsruhe teilnehmen.

Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger fordert Oberbürgermeister Heinz Ferich auf, bei diesem Gespräch deutlich zu machen, dass es nicht akzeptabel ist, dass der badische Landesteil einmal mehr zum Verlierer wird, schließlich würden die Standorte Stuttgart und Rottweil erhalten bleiben. „Der Standort Karlsruhe darf nicht geopfert werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nicht in eine ungewisse Zukunft blicken.“ Karlsruhe hat schon genug bluten müssen, so die SPD-Vorsitzende abschließend und erinnert nur an die jüngste Entscheidung zur Schließung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe.

■ SPD für Naherholung in Hagsfeld

Der Stadtteil Hagsfeld steht nach dem Umzug von Pfizer vor einer schwierigen Situation. Der weitaus größte Teil des Pfizer-Geländes, darunter auch der für die Naherholung wichtige Landschaftspark, soll an einen neuen Eigentümer verkauft werden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion muss die Stadt sicherstellen, dass die jetzt als Landschaftspark genutzte Fläche auch weiterhin der Hagsfelder Bevölkerung zum Zwecke der Naherholung zur Verfügung steht. Ein entsprechender Antrag wurde gestellt.

Die SPD-Fraktion weist im Kontext der Diskussion über die Zukunft des Pfizer-Areals darauf hin, dass für die Versiegelung und damit die Frischluftzufuhr in Hagsfeld weitere Gefahren drohen. Ein im September 2007 auf Antrag der SPD gefasster Gemeinderatsbeschluss, im Zuge der L'Oréal-Erweiterung die Gewerbefläche westlich der Straße am Storrenacker und nördlich des Bogenschützenvereins aus dem Flächennutzungsplan als Gewerbefläche herauszunehmen und stattdessen als dauerhafte Grünfläche auszuweisen, wurde von der Stadtverwaltung bis heute mit der Begründung verschleppt, dass es einen Interessenten für den Erwerb der Fläche gibt.